

Die Weltfinanzkrise

Ein Crashkurs über das Leben im Kapitalismus

Was mit einer Hypothekenkrise in den USA begann, hat sich zu einem fortschreitenden Zusammenbruch des Finanzsystems ausgewachsen.

Der Herbst 2008 zeigt drastisch, was es heißt, im Kapitalismus zu leben. Schlechterdings alles, das Arbeiten und Kaufen, das Leben und Überleben, ist eine abhängige Variable des Finanzgeschäfts. Wenn Börsianer und Bankiers mit ihrer Bereicherung scheitern, dann scheitert alles – und dem ganzen Volk droht schlagartig eine über das Übliche hinausgehende Armut: Ersparnisse und Rentenanlagen gehen kaputt, mit der Arbeit werden die Einkommen gestrichen. Dieser größte anzunehmende Unfall gehört zu dem System dazu, in dem alles Wirtschaften das Wachstum des investierten Geldes bezweckt, also Geld vermehrt – oder unterbleibt.

- Auch mittelständische „Arbeitgeber“ haben nicht die Versorgung der Menschheit mit Gütern und Einkommen zum Ziel, sondern die Erwirtschaftung von *Gewinnen*. Sie fallen umso höher aus, je weniger Lohn der Betrieb an die Belegschaft zahlt und je mehr Leistung er aus ihr herausholt. Dann ist die Arbeit *rentabel* organisiert. Aber: Produziert heißt noch nicht verkauft, verkauft heißt noch nicht, die nötigen Geldsummen zu haben, die es braucht, um Konkurrenten aus dem Markt zu drängen. Kredit hilft den Betrieben über diese Schranken hinweg.

- Banken geben ihn, weil sie daran verdienen. Mit einem *Zins* sind sie am Gewinn beteiligt, den Unternehmen aus ihrer Belegschaft mit Kredit vermehrt ausschlagen. Jetzt hat der Arbeiter schon zwei Geschäftsansprüchen mit seiner Arbeit zu dienen, dem Betrieb und der Bank.

- Banken bezwecken, was alle Unternehmen bezwecken: *Wachstum*. Dafür belassen sie es nicht beim Kreditieren der Industrie, sondern schaffen und finanzieren Wertpapiere, in denen vornehmlich sie selbst ihre Gelder anlegen. Die Mittel dazu haben sie ja als Herren des Kredits.

- Der Staat will und fördert das Wachstum des Finanzsektors nach Kräften, weil er die Quelle der staatlichen Verschuldung ist. Nur so lassen sich die gewaltigen Sum-

VORTRAG & DISKUSSION

Die politische Vierteljahreszeitschrift GegenStandpunkt lädt ein

Die Krise 2008 (Teil II):
Der Staat will die Banken retten – warum?

Gastreferentin: Margaret Wirth, Universität Bremen

Seit Oktober ist die Debatte erledigt, ob der Staat die Spekulanten retten soll. Sie ist überrundet durch eine fundamentalere Erkenntnis: Er muss – Gerechtigkeit hin, Gerechtigkeit her. Denn an zusammenbrechenden Banken hängt das Bankensystem – und an dem die ganze Wirtschaft und ihre Konjunktur. Von der Gesundheit des Spekulationsgewerbes leben nicht nur Rendite und Wachstumsrate des Finanzkapitals; von ihm lebt offenbar das Geldverdienen der gesamten Gesellschaft.

Leider hat das Volk in all der Panik gerade keine Zeit, sich mit dieser absurden Vorbedingung seines Alltags auseinanderzusetzen. Es ist vollauf beschäftigt, mit Hoffen und Bangen die Rettung des Finanzsystems zu begleiten, damit alles weitergehen kann wie bisher.

Damit es nicht weitergeht wie bisher, nehmen wir uns die Zeit für etwas Erklärung. Nach einer ersten Veranstaltung zum Finanzgeschäft und seiner Krise jetzt zum Staat:

- Was hat der Staat von den Banken, dass er sie retten will? Was soll denn wieder funktionieren?
- Der Staat habe versagt bei der Kontrolle der Banken, ihnen viel zu viel Freiheit gelassen, jetzt kümmere er sich wieder darum. Stimmt das? Was ist das Verhältnis von politischer Macht und privatem Finanzgeschäft?
- Die Banken retten will der Staat mit Geld. Wie steht es um Macht und Ohnmacht des Staates bei der Rettung des Bankensystems?

Donnerstag, 4. 12. 08, 19.00 Uhr
Bürgerhaus Weserterrassen, Osterdeich 70 b, Bremen
Termine in 2009: 20. 1., 5. 3., 16. 4., 14. 5., 11. 6.

men mobilisieren, mit denen der Staat seine wachstums- und außenpolitischen Großtaten finanziert.

- Internationale Geldanleger legen sich gern an einem Standort und in einem Geld an, das scheinbar grenzenloses Wachstum verspricht. Das stärkt die Währung des Landes und macht den Staatskredit zu international gültigem Geld, über das nur ganz wenige Nationen verfügen.

Eine wachsende Finanz- und Spekulationsbranche ist also unverzichtbar, wenn es um kapitalistischen Erfolg der gesamten Wirtschaft und des Staates geht.

Allerdings zeigt sich in der Weltfinanzkrise, dass die gewaltigen Massen von Wertpapieren einen Vorgriff auf wirklichen Reichtum, einen versprochenen, noch gar nicht wirklich produzierten Wert darstellen, der nicht bezahlt werden kann, wenn misstrauisch

Langsam kommt die Frage auf, ob sich die Staaten die Garantie und Übernahme all der schlechten Schulden denn leisten können.

„Ist das Geld der Sparer noch sicher?“

Volksbetreuung in der Krise

Schonungslos erfährt der „kleine Mann“, dass auch seine Ersparnisse im Kreislauf des Finanzkapitals zirkulieren und Material sind für dessen – jetzt in Turbulenzen getatene – Manöver. Das hält in Expertenkreisen niemand für einen Skandal. Stattdessen stehen die Zeitungen voll mit Tipps, wie man das eigene Geld, das mit sich zusammengespart und in der Hoffnung auf Vermehrung angelegt hat, über die Krise retten kann. Das deutsche Volk von Sparern und Kleinanlegern wird also nicht mit seinen Sorgen allein gelassen. Die Ratgeber von der Presse nehmen die deutschen Bürger an der Hand und begleiten sie durch die große Welt des Finanzkapitals.

„Die 25 wichtigsten Fragen und Antworten für Anleger und Arbeitnehmer“ stehen in der SZ (17.9.).

gewordene Besitzer solcher Papiere auf Auszahlung bestehen. Seitdem fallen die Wertpapiere und Investmenthäuser rund um den Globus wie Dominosteine. Und nicht nur sie: Die „Realwirtschaft“ bricht Stück für Stück zusammen. Das ist folgerichtig. Das Spekulationsgewerbe hat mit seinem Kredit die produzierende Wirtschaft von den Schranken des Marktes und seiner begrenzten Kaufkraft befreit; jetzt sorgt umgekehrt die Entwertung des Finanzsektors und das Versiegen seines Kredits für die Reduktion von Industrie & Handel auf eben diese Schranken.

Die arbeitende Bevölkerung wird dafür mit Entlassungen und Lohnkürzungen in großem Stil in Haftung genommen. Forderungen nach einem realen Lohnzuwachs hat die einsichtige IG-Metall gleich selbst vom Programm genommen.

Dafür kriegt das Volk als Entschädigung einen ideellen Lohn. Man darf auf die „Zocker“ schimpfen, denen es „nur ums Geld geht“. Als wäre es dem im Vergleich gelobten Mittelstand jemals um etwas anderes gegangen! Auch die Politik darf an den Pranger gestellt werden, weil sie die Regelung des Finanzsektors unterlassen habe – angeblich verblendet vom „Neoliberalismus“. Als gäbe es das Bankgeschäft, angefangen bei der Zinsforderung ohne die staatliche Ermächtigung der Geldeigentümer zu dieser Sorte Geschäft; und als würde der Staat bei einem für ihn so wertvollen Geschäftssektor je auf staatliche Aufsicht verzichten!

Die Kritik an den „Zockern“ im „Casino-Kapitalismus“ ist nicht nur falsch, weil sie die Notwendigkeit der Krise der Geldvermehrung durch vermeidbare Fehler beim führenden Personal ersetzt. Sie ist auch unehrlich: Keiner will die „Zocker“ vom Hof jagen! Der Volkszorn weicht der Sorge um die Rettung des Finanzsystems, damit alles weitergehen kann wie bisher. Auch Linke und Attac mahnen die „dienende Aufgabe“ der Banken an. Als wäre der Dienst, den sie den Betrieben mit Kredit erweisen, jemals auf etwas anderes berechnet als die Bereicherung der Bank und des Betriebes.

Den einen, dem kleinen Island etwa, steht der Staatsbankrott ins Haus; größere Staaten drohen gerade durch ihre Rettungsaktionen die Stabilität ihrer Währung zu ruinieren; das Wort Währungsreform wird wiederentdeckt. Auch das Geld, lernt man, das gar nicht auf der Bank liegt, sondern schon im Geldbeutel seines Besitzers steckt, ist nur so viel wert, wie der Staat, der es herausgibt, über einen funktionierenden Bankensektor verfügt.

Macht und Ohnmacht des Staates bei der Rettung des Finanzsystems

In der letzten Septemberwoche erklärt die US-Regierung ihre Absicht, nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers keine weitere große Bank mehr scheitern zu lassen. Dafür will der Finanzminister den Banken für 700 Milliarden Dollar ihre wertlosen Wertpapiere abkaufen und sie so mit frischem Geld versorgen. Das Rettungspaket löst im US-Kongress und in der Öffentlichkeit heftige Kontroversen aus: Man bemerkt die Vorzugsbehandlung, die das Spekulationsgewerbe genießt, und fragt kritisch, ob es denn Aufgabe des Staates sei, die „Zocker“ der Investmentbanken mit „dem Geld der Steuerzahler“ herauszuhauen und gescheiterten Spekulanten das Vermögen zu retten. Linke Demonstranten und rechte Republikaner protestieren gegen den „Wall-Street-Sozialismus“: „No bail out!“

Mit Beginn Oktober ist die Debatte erledigt. Ob der Staat die Spekulanten retten soll, ist überrundet durch eine fundamentalere Erkenntnis: Er muss – Gerechtigkeit hin, Gerechtigkeit her. Denn an zusammenbrechenden Banken hängt das Bankensystem – und an dem die ganze Wirtschaft und ihre Konjunktur. Von der Gesundheit des Spekulationsgewerbes leben nicht nur Rendite und Wachstumsrate des Finanzkapitals; von ihm lebt offenbar das Geldverdienen der gesamten Gesellschaft: Wenn die Unternehmen Kredit nicht mehr bekommen können, wenn sie Investitionen und andere Erfordernisse ihres Geschäfts nicht vorfinanzieren können – können sie überhaupt kein gewinnbringendes Geschäft machen. Und wenn deren Bereicherung nicht klappt, dann fällt auch

der Segen aus, den ein florierender Kapitalismus für die Masse bereithält: Arbeit! Tatsächlich: Wenn es den Jongleuren an den Börsen und in den Bankpalästen nicht gelingt, ihre Einsätze *rentabel* zu vermehren, gibt es für die Armen im Land keine Gelegenheiten, sich durch Dienst an fremdem Reichtum einen Lebensunterhalt zu erarbeiten.

Damit nicht genug. Mit einem Schlag kommt öffentlich zu Bewusstsein, dass auch das schon verdiente und zurückgelegte Geld – keineswegs nur der Reichen – auf dem Spiel steht. Das Ersparte existiert gar nicht anders als in Form gefährdeter Bankguthaben und windiger Wertpapiere. Die private Altersvorsorge, die Lebensversicherung – alles ist weg, wenn die Banken pleite gehen, die es eingesammelt und in spekulative Investments gesteckt haben.

Noch eine Woche später weicht die Auffassung, dass der Staat die Banken retten muss, den Zweifeln, ob er das überhaupt kann. Täglich treten Kanzler, Finanz- und Premierminister sowie Notenbankchefs vor die Presse und verkünden neueste Staatshilfen zu Stabilisierung des Finanzsektors. Inzwischen garantiert die Obrigkeit fast überall unbegrenzt die Spareinlagen, europaweit will man keine wichtige Bank mehr krachen lassen, weltweit senken Zentralbanken die Zinsen, um den Privatbanken das Gewinnemachen zu erleichtern – und Kredit geben sie ihnen sowieso ohne Ende. Nach jeder Ankündigung wartet alles gespannt auf die Öffnung der Börsen am nächsten Morgen: Honorieren die Anleger den Schritt, schen-

Das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika: A Licence To Kill

Obama hat die Wahl gewonnen. Ihm – so heißt es – haben die „Wähler/innen ihr Vertrauen geschenkt“, in seine „charismatische Persönlichkeit“ setzen sie „ihre Hoffnung“. Was hat dieses Menscheln in der Politik zu suchen? Alle, auch die Wähler wissen, Obama wird US-Präsident. Und das heißt nichts anderes als: Er hat die Macht, den Kurs des mächtigsten Staates der Welt dem US-Volk und anderen Staaten zu verordnen. Wie zur *Ausübung politischer Herrschaft* in der Demokratie, die Werbung von Politikern vor den Regierten als *volksverbundene Persönlichkeiten* passt, die Vertrauen verdienen, dazu waren Wahlkampf und Wahl in den USA ein perfektes Beispiel.

Führer-Persönlichkeiten

Wenn die Prätendenten auf die Position des *Führers* im Weißen Haus nur noch mit sich selber als gelungener *Persönlichkeit* werben, dann ist die demokratische Willensbildung mittels Wahlkampf mit ihrem Begriff identisch geworden: Verlangt wird ein Blankoscheck zur Machtausübung wegen unbedingtem Vertrauen in die *Führungsqualität* des damit betrauten. Eigenartigerweise präsentieren sich da Charaktermasken, mit denen der gewöhnliche Mensch im richtigen Leben den Kontakt eher meiden würde: Angeber mit in diesem Fall nicht stinkendem Eigenlob! Der eine verbreitet Helden-sagen aus seiner mörderischen Jugend im freiwilligen Einsatz beim Zurückbomben Vietnams in die Steinzeit, wobei er abgeschossen und von den Opfern als *Kriegsverbrecher* behandelt wurde, wofür ihn seine Fans bis heute als *American Hero* verehren. Der andere ist stolz auf seine steile Karriere durch die Institutionen trotz Migrationshintergrund, bei der er ebenso behände die Gesinnungen anpasste wie er dem mittlerweile störenden Personal in seiner Biographie die Freundschaft aufkündigt. Vor solchen Typen liegt das Publikum platt vor Bewunderung, wobei es ihnen nicht einmal jedes Wort glauben muss: Der Witz demokratischen Wählens liegt nämlich gerade darin, dass der Wähler und seine journalistischen Wahlhelfer vor allem beurteilen, wer es am geschicktesten beherrscht, sich selbst als die gelungenste Inkarnation seines staatsbürgerlichen Bedürfnisses nach starker Führung zu inszenieren. Und da die Politik bekanntlich kein Deckchenstricken ist, erwartet der auf- und abgeklärte Wähler vom Herrscher seiner Wahl, dass er auch die Drecksarbeit besser beherrscht als die Konkurrenten.

Zu was US-Bürger einen Führer wählen

Die sogenannten *Sachfragen*, aktuell die Weltwirtschaftskrise, das Gesundheitswesen, Energie und Umwelt dienen bei der Auseinandersetzung um die Gunst des Wählers als Illustrationsmaterial, dass auf alle Drangsale, die dem Bürger in seinem zivilen Leben nicht zuletzt auch „sein“ Staat bereitet, ein kompetenter Führer die passende politische Antwort parat hat. Dabei findet ganz selbstverständlich die Verwandlung des *persönlichen Interesses* in eine *Problemlage* des Gemeinwesens statt, die zum Wohle der *Nation* gelöst werden muss, wobei jede Menge Opfer des Normalverbrauchers eingefordert werden müssen, weil es ihm letztendlich erst dann gut gehen kann, wenn sein Land topfit und Weltspitze ist. So reagieren die Kandidaten auf den Kollaps des Kredits und die Wertvernichtung an der Börse zwar mit ausführlichen Mahnungen, dass das „Versagen“ von *Wall Street* unweigerlich seine negativen Auswirkungen auf *Main Street* haben wird, um sich dann mitten im Wahlkampfgetöse für den 700-Milliarden-Topf starkzumachen, mit dem der Kapitalismus in den USA aus dem Schneider kommen soll. Eben haben sich große Teile des Finanzkapitals als *faule Schulden* bliamiert, doch auf seine Unverzichtbarkeit für den Reichtum der Nation lassen die Anwärter auf die Präsidentschaft nichts kommen und setzen auf die einzige Bonität, die sie als *politisches Subjekt* der Ökonomie anbieten können: Das *Gewaltpotential* der

Macht. Zur Übereinstimmung im Prinzip – wenn das Kapital *Vertrauen* = Kredit verleiht, muss die Politik mit Staatsknete den vernichteten realen Reichtum ersetzen und damit bei den Bankern wieder Vertrauen stiften, damit wieder *business as usual* einkehrt – gehört die Parteienkonkurrenz im Detail: Obama will die Hypotheken auslösen und behauptet mit dieser berechnenden Verwechslung der Materie der Finanzkrise mit den Sorgen der Häuslebauer, das Übel am Ursprung anzupacken. McCain als „Wertkonservativer“ wartet mit dem moralökonomischen Theorem auf, die „Habsucht“ in Washington und Wallstreet habe die Krise trotz seiner „unerschrockenen“ Mahnungen losgetreten und fordert die Ächtung von *greed* (deutsch: Habgier) beim Profitmachen und mehr *responsibility* bei den „Verantwortungsträgern“, womit er sich dann wieder mit Obama in der kompromißlosen Forderung nach einer Beschränkung der Managerinkommen vor allem bei Mißerfolg einig wird.

Auch die Rezepte der amerikanischen Reserveführer in den anderen nationalen Sachfragen stehen fest auf dem Boden des *American way of Capitalism*: Beide beklagen „die Abhängigkeit der USA vom Erdöl“, aber keineswegs deswegen, weil sie sich sorgen würden um die Begrenztheit und die naturzerstörenden Konsequenzen der kapitalistischen Nutzung fossiler Brennstoffe: Vielmehr wollen sie neben Solar- und Windanlagen vor allem viele neue *todsichere* Atomkraftwerke bauen und die letzten nationalen Ressourcen vor den Meeresküsten und notfalls auch in Nationalparks und Naturschutzgebieten anbohren, weil das „Problem“ für die *Nation* darin besteht, dass „wir“ für „unser“ Öl viel zu viel Geld an Staaten verschleudern, die „uns nicht mögen“ und deren Volksmassen „unsere Ideale hassen“. Im Feindbild einzig denken da Obama und McCain an die üblichen Verdächtigen vom Iran über die arabische Welt bis nach Venezuela. Wenn nicht nur die, sondern vor allem auch Russland auf dem Petroleum sitzen bleiben, fördere das auch „unsere nationale Sicherheit“, weil nicht mehr die Weltmacht, sondern ausschließlich ihre vermeintlichen und realen Gegner in der Staatenwelt *erpressbar* sind. Mit einer in 4 Fernsehdebatten immer wieder vorgetragenen Milchmädchenrechnung bringen die Kandidaten ihre heiligen Eide, keinesfalls für niemanden Steuern zu erhöhen, sondern sie für möglichst viele der eigenen Wählerklientel möglichst zu senken, mit ihren Reformversprechen budgetmäßig zur Deckung: McCain möchte schon nach 4 Jahren die meisten Petrodollar in die USA *recycled* haben und Obama träumt von der Repatriierung jener „500 Milliarden Dollar“, die China an US-Schuldentitel hält mittels Export der unter seiner *leadership* aufblühenden Technologie alternativer Energiegewinnung, die in den USA „5 Millionen *jobs*“ kreieren und im Reich der Mitte den „Schadstoffaustöß“ drastisch reduzieren werde. Damit rechnen sich die *brain trusts* der Kandidaten genügend Geld zusammen, um das Gesundheitswesen zu subventionieren und das Ausbildungswesen gründlich zu reformieren, worauf beide Kandidaten besonderen Wert legen: Für McCain hat die Schule nämlich keine geringere Mission als schon die ganz kleinen Amerikaner für ihr „*manifest destiny*“, also ihren Auftrag vom Schicksal fit zu machen, „die Welt zu führen“. Und Obama erklärt die Überlegenheit der USA in Sachen Bildung gar zu einem „Problem der nationalen Sicherheit“: Davon soll die ökonomische Potenz der Gesellschaft abhängen, und „es nie eine Nation“ gegeben hätte, „deren Wirtschaft darniederlag und die trotzdem ihre militärische Vorherrschaft aufrecht erhalten konnte.“ So geht in der mächtigsten Demokratie auf der Welt der Übergang von miesen Zuständen an den Schulen für arme Leute zur Weltherrschaft der Nation!

In der entscheidenden außenpolitischen *Sachfrage*, dem „Krieg gegen den Terrorismus“, besprechen beide Kandidaten den Anspruch der USA auf uneingeschränkte Weltherrschaft als *Naturrecht*, wofür sie auch jederzeit bereit zum Krieg sind. Gerade

ihre Entschlossenheit gegeben falls „unsere besten Söhne und Töchter“ „ins Feuer zu schicken“ und die Beteuerung ihrer Berufung zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte präsentiert dem Wähler seine Stimme als eine „Lizenz zum Töten“. Obama verspricht seinem Volk den Kopf von Osama (wörtlich: „We will kill him!“) auch wenn er dafür einen Krieg gegen Pakistan anzetteln muss und McCain zählt immer wieder alle Militärationen der USA auf, bei denen er „die Ehre“ hatte, wenn schon nicht persönlich dabei, so zumindest entschieden dafür gewesen zu sein. Auf dieser Basis wird um den sachgerechten *Kriegsschauplatz* debattiert: Obama wirft dem Irak-Feldzug der Bush-Administration die vorprogrammierte Erfolglosigkeit vor und die „hohen Kosten“ an Dollars und *amerikanischen* Toten. Stattdessen möchte er in Afghanistan militärisch bis zum letzten Taliban eskalieren. McCain will das auch, aber unbedingt vorher noch im Irak „gewinnen“, damit die GIs „in Würde“ nachhause kommen. Bei so souveräner Entscheidungshoheit über Länder und darin lebende Völker, die das Pech haben, die „Sicherheitslage“ der USA zu tangieren, kann es niemanden überraschen, dass die Atompolitik des Iran in Washington entschieden wird, so der anscheinend selbstverständliche Konsens der Rivalen um die Macht im Weißen Haus. Offensichtlich können sie auf die Zustimmung ihrer Wähler zu einer „Analyse“ der Weltlage bauen, der zufolge Atombomben im Besitz der USA und Alliierten wie Israel „*Peacemaker*“ sind, in Russland und China ein Problem für die uneingeschränkte Weltkontrollmacht Amerikas darstellen und im Falle der Islamischen Republik einen Waffengang „unvermeidlich“ machen. Im Wahlkampf haben die Kandidaten zwecks Profilierung eine Differenz aufgebaut: Obama würde mit der Führung in Teheran noch persönlich reden, eher er den Angriffsbefehl erteilt, wenn sie nicht spurt.

(Fortsetzung: Volksbetreuung in der Krise)

Falle reichen. Wir dürfen also getrost den Banken weiterhin unser Vertrauen schenken, vor allem den Sparkassen, Genossenschaftsbanken, bei denen „unser“ Geld sogar noch sicherer sein soll. Bleibt bloß noch Frage 8: „Wann geht dem Einlagensicherungsfonds das Geld aus? Eine Frage, vor der die ganze Branche zittert – und deshalb keine Antwort gibt.“

Wie bitte? Wieso „zittert“? 2,8 Mrd. pro Kunde, das muss doch reichen! Also weiter: „Unbestritten ist, dass die Sicherungssysteme ausreichen, um Pleiten von kleineren und mittleren Banken aufzufangen. Was passiert aber bei einer Pleitewelle? Bundesfinanzminister Steinbrück soll einmal erklärt haben, die gesamten Sicherungseinlagen aller Institute beliefen sich auf nur 4,6 Milliarden Euro... Branchenkenner raunen, die IKB wurde nur deshalb gerettet, weil die Einlagensicherung an ihre Grenzen gestoßen wäre.“

Aha, der Sicherungsfonds darf in so gut wie keinem Falle in Anspruch genommen werden, sonst reicht er nämlich nicht! Wenn alle auf die Bank rennen, nützt das also gar nichts, das Geld ist eh nicht da! So bleiben wir ruhig, behalten unser Gottvertrauen in Banken und Politiker, dass sie alles Mögliche für unser Geld tun, so hat man als deutscher Sparer die Lage am besten im Griff!

„Die Tarif-Spekulanten“ (SZ)

Und dann platzt mitten in die Krise hinein tatsächlich noch eine Tarifrunde – und das, obwohl den Banken weltweit das Geld ausgeht!

„Trotz der weltweiten Finanzmarktkrise geht die IG Metall mit der Forderung nach acht Prozent mehr Lohn in die Tarifrunde.“ Trotz der Krise des Kapitals stampft die Gewerkschaft ihre Lohnforderung nicht ein! Da können nur Hasardeure am Werk sein. „Sie spekulieren. Sie spekulieren darauf, dass es mit der Konjunktur doch nicht so

Amerikanische *Politiker* sind sich mit ihrem Volk, das aus vielen durch die gewonnenen Kriege und erfolgreichen Schlächtereien in ihrem Wahn bestärkten *Patrioten* besteht, einig darin, alles, was auf dem Globus passiert, unter dem Gesichtspunkt zu be- und gegeben falls zu verurteilen, ob es für die USA (= „*The Greatest Nation on Earth*“) gut oder schlecht ist. In diesem Prinzip unterscheiden sich Angela Merkel und Frank Walter Steinmaier nicht von den Herren Bush, McCain und Obama. Die *Weltmacht* der USA bewährt sich aber in der praktischen Durchsetzung dieses Standpunkts. Drohung mit und Ankündigung von Gewalt, also *Krieg*, gehören deshalb zum Repertoire politischer Vertrauensbildung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika; offene *Kriegshetze* und die glaubhafte *Bereitschaft zum Töten & Zerstören* bebildern Charakterstärke und Führungsqualität eines Typen, der (zu allem) fähig ist als *Commander-In-Chief* der Nation.

Erstaunlich, wie nachgerade das Fußvolk in den europäischen Demokratien auf den US-amerikanischen Wahlzirkus und vor allem auf den demoskopisch in Führung liegenden Kandidaten der Demokratischen Partei abfährt. So einen *Führer* wollen wir auch haben! souffliert die freie Journaille ganz unpluralistisch den einheimischen Volksmassen, die den *charismatischen* Senator aus dem fernen Illinois mit ihren nationalen Teiggesichtern vergleichen und allen Ernstes wähen, mit einer deutschen Inkarnation des *Change-Rhetorikers* wären sie besser bedient, d.h. *geführt*. Die Bewunderung für den Erfolg der patriotischen Massenbegeisterung mit ihrem rituellen Schlachtruf „*Yes, we can!*“ wird andererseits mit kritischen Kommentaren europäischen Sachverständigen unterlegt, die jenseits des Atlantik die *Wahrheit der Demokratie* entdecken („Es geht nur um die persönliche Vertrauenswürdigkeit der Kandidaten!“) und daran erinnern, dass im Zeitalter der „Globalisierung“ in der Staatenwelt des demokratischen Imperialismus die Konkurrenz um Weltordnungskompetenz tobt und dass darin die USA der Hauptkontrahent sind. Ein mächtiger US-Präsident wird Europa womöglich ganz anders trietzen, als die noch amtierende *lame duck* Bush im Weißen Haus.

sehr bergab geht, wie die eigenen Experten vermuten. Sie spekulieren darauf, dass sie in der Metallindustrie imstande sind, jede Forderung in weiten Teilen auch durchzusetzen ... Vielleicht weiß Huber ja, dass sein Acht-Prozent-Kurs langfristig gefährlich ist. Aber erst mal geht es ihm wie jedem Finanzhai: Er braucht den kurzfristigen Erfolg.“

Sehr originell. Wenn „Spekulant!“ das aktuelle Schimpfwort ist, mit dem die nationale Pflichtvergessenheit von „gierigen Finanzzockern“ angeprangert wird, dann wenden wir es doch mal auf die Gewerkschaft an und fertig ist die Denunziation. Die Unterstellung, von der sie lebt, braucht man so gar nicht mehr aussprechen: Wenn Wirtshaft und Finanzen Not leiden, dann hat die Gewerkschaft ihre Lohnforderung zu revidieren! Und das den Arbeitern klar zu machen, falls die nicht von selbst darauf kommen.

Nicht ganz 2 Monate später ist dann klar: Die Finanzkrise ist auch bei der Gewerkschaft angekommen. Sie gibt sich mit schöngerechneten 4,2 Prozent zufrieden. Die Arbeitgeber tun pflichtschuldig so, als hätten sie mächtig über ihren eigenen Schatten springen müssen, gucken ansonsten aber ganz zufrieden in die laufenden Fernsehkameras. Ihr Argument hat nämlich mal wieder gestochen: Es mag ja sein, dass die Gewinne hoch waren, „in diesen schweren Zeiten“ sei es aber von großer Wichtigkeit, dass ihre Gewinne im nächsten Jahr auch hoch sind, eher noch höher, weil sie sonst die „Folgen der Finanzkrise“ nicht verdauen können. Wenn schon selbstverständlich ist, dass das Finanzkapital aus seiner Krise gerettet werden muss, dann ist doch wohl auch klar, dass die Lohnarbeitenden in der Metallbranche sich um das Wohl ihrer Arbeitgeber kümmern und dafür Abstriche machen müssen. Das ist nämlich in einer lebendigen Demokratie mit Marktwirtschaft die erste Staats- und Bürgerpflicht: alles dafür zu tun, dass das Kapital floriert.